



„Arbeiter auf eigene Rechnung“ der Cafeteria La Pachanga bei der 1.-Mai-Kundgebung in Havanna (Quelle: [Cubadebate](#))

Havanna. Die kubanische Regierung plant die allmähliche Übergabe gastronomischer Dienstleistungen an private Betreiber. Derzeit sind bis zu 68 Prozent der Betriebe in staatlicher Hand.

Zurzeit werden nur elf Prozent der insgesamt 11.000 gastronomische Betriebe des Landes von „Arbeitern auf eigene Rechnung“ geführt, wie auf der sozialistischen Karibikinsel Selbstständige bezeichnet werden. Die schrittweise Privatisierung wird insgesamt 7.480 Firmen betreffen.

Ada Chávez, Kubas Vizeministerin für den Binnenhandel, erläuterte, dass bei der Umsetzung der neuen Politik die Beibehaltung des staatlichen Eigentums über die grundlegenden Produktionsmittel bestimmend sein soll. Dies betreffe etwa Immobilien. Ausrüstungsgegenstände, Geräte und Werkzeuge hingegen könnten verpachtet oder verkauft werden.

Kuba verfüge aktuell über 8.984 Betriebe, die von staatlichen Handelsunternehmen verwaltet werden. Davon gehören 2.769 zum Tourismus. 1.261 Betriebe sind von Selbstständigen gepachtet und 215 werden von Kooperativen betrieben, so Chávez. Ende Juli dieses Jahres betrug die Zahl der Arbeiter des privaten Sektors 471.085, die offiziellen Daten zufolge in 201 zugelassenen handwerklichen Berufen selbstständig tätig waren.

Die meisten selbstständigen Arbeiter sind in der Herstellung von Lebensmitteln – dies umfasst auch die im Volksmund als „paladares“ bekannten Cafeterías und Restaurants – sowie im Transport von Lasten und Passagieren und der Vermietung von Wohnungen zu finden.

Die Ausweitung der Arbeit im privaten Bereich stellt eine der wichtigsten von der Regierung von Präsident Raúl Castro zur „Aktualisierung des sozialistischen Modells“ der Insel in Angriff genommenen Reformen und zum Ausgleich der Streichung von etwa 500.000 staatlichen Stellen zwischen 2011 und 2015 dar.

von Klaus E. Lehmann / [Amerika21](#)

Teilen: